

Buchbesprechung

Oberlechner, Manfred

Veröffentlichungsversion / Published Version

Rezension / review

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Oberlechner, M. (2008). Buchbesprechung. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 37(1), 121-122. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-281463>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>

Buchbesprechungen

Rainer Bauböck/Eva Ersbøll/Kees Groenendijk/Harald Waldrauch (Hg.)

ACQUISITION AND LOSS OF NATIONALITY: POLICIES AND TRENDS IN 15 EUROPEAN STATES, VOLUME 1, Comparative Analyses, IMISCOE Research. Amsterdam 2006, Amsterdam University Press, 499 S., 61,30 EUR.

Rainer Bauböck/Eva Ersbøll/Kees Groenendijk/Harald Waldrauch (Hg.)

ACQUISITION AND LOSS OF NATIONALITY: POLICIES AND TRENDS IN 15 EUROPEAN STATES, VOLUME 2, Country Analyses, IMISCOE Research. Amsterdam 2006, Amsterdam University Press, 588 S., 71,60 EUR (Volume 1 und Volume 2 zusammen: 102,95 EUR).

Rainer Bauböck/Bernhard Perchinig/Wiebke Sievers (Hg.) (2007).

CITIZENSHIP POLICIES IN THE NEW EUROPE, IMISCOE Research. Amsterdam 2007, Amsterdam University Press, 314 S., 41,15 EUR.

Die legislativen Bestimmungen zum Erwerb und Verlust von Staatsbürgerschaft zeichnen in den „alten“ 15 EU-Staaten ein unharmonisches Panorama. Konflikt- und Spannungspotential ist zwischen dem supranationalen Freizügigkeitsprinzip einerseits und dem nationalen Selbstbestimmungsrecht andererseits gegeben, eine internationale politik- und rechtswissenschaftliche Komparatistik von nationalen Gesetzeslagen und Implementierungen sowie jeweiligen Ein- und Ausbürgerungspolitiken (inkl. von Rechten und Quasi-Bürgerschaften lange niedergelassener AusländerInnen) daher erforderlich: Dieser dringenden gesamteuropäischen Problematik folgt das forschungsleitende Kerninteresse von NATAC (NATAC als Akronym für The acquisition of nationality in EU Member States: rules, practices and quantitative developments), eine 31köpfige ForscherInnengruppe, deren Ergebnisse in drei Sammelbänden im Rahmen der IMISCOE-Research-Reihe vorliegen: Die Bände 1 und 2 fokussieren sich auf die 15 ursprünglichen EU-Staaten, der Folgeband Citizenship Policies in the New Europe auf die seit 2004 10 „neuen“ EU-Mitgliedsstaaten (inklusive Türkei; diese Staaten sind von der Vergleichstypologie ausgenommen). Ein sehr kompaktes und übersichtlich gehaltenes Werk liegt vor, alle drei Volumen sind äußerst detailliert und haben Handbuchcharakter nicht nur, aber vor allem für jede(n) MigrationsforscherIn. Sehr leserfreundlich gestaltet, auch für Laien. Dies ist keine Selbstverständlichkeit angesichts der vorliegenden komparatistischen Komplexität. Das Forschungsdesign besticht mit einem klaren Erhebungsinstrument, das der ForscherInnengruppe eine

in sich geschlossene Vorgehensweise ermöglicht. Einzelne Länderkapiteln mit einheitlich strukturierten Themenabfolgen sind das Resultat: Insgesamt also eine in dieser Reichhaltigkeit sowie analysierten Tiefe und Schärfe bis dato unerreichte Forschungsleistung.

Zum Ausgangspunkt der empirischen Erhebung: Daten zum Erwerb und Verlust von Staatsbürgerschaft bzw. die entsprechenden legislativen Reformen und Implementierungsmaßnahmen sowie institutionellen Rahmenbedingungen wurden für den Zeitraum 1985 bis 2004 für die ersten beiden Bände, ab 2004 für den Folgeband erhoben. Die daraus resultierenden rechtshistorischen Aufrisse machen schnell deutlich: Galt das Staatsbürgerschaftsrecht lange Zeit als stabile Rechtsmaterie, das nur selten auf tagespolitischen Agenden zu finden war, rückt es mit der Bewussterwerden, de facto Einwanderungsland zu sein, ins Rampenlicht politischer Debatten: Legislativreformen folgen rasch bei Regierungswechsel, entsprechend liberale Reformen stärken in der Regel das Jus Soli und reduzieren Anforderungen an die Aufenthaltsdauer. Oder sie erleichtern weitere Einbürgerungsbedingungen bzw. erlauben es den AntragstellerInnen, die Ursprungsnationalität trotz Naturalisation beizubehalten. Dieser Vergleichsüberblick zeigt: Seien es nun liberale oder restriktive Einbürgerungs- bzw. Ausbürgerungsbestimmungen – im Wesentlichen wird über diese Etikettierung die politische Debatte um das von manchen gewünschte, von anderen heftig abgelehnte oder als unausweichlich angesehene Zusammenleben ethnisch-kulturell heterogener Gruppen geführt. Diese Verbindung zwischen Integrationspolitik einerseits und Naturalisationspolitik in den jeweiligen Nationalstaaten andererseits reicht dann „... from an understanding of naturalisation as a tool for integration to perceiving the acquisition of nationality as a reward for successful integration“ (Perchinig/Bauböck 2006, 13).

Erhoben wurden aber nicht nur die legislativen Bestimmungen zum Erwerb und Verlust von Staatsbürgerschaft, Band 1 konstruiert hierfür die notwendige Klassifikationstypologie. Denn erst sie erlaubt den internationalen Vergleich: Liberale Staatsbürgerschaftsbestimmungen reagieren beispielsweise in Reaktion auf ein heute gewandeltes Demokratieverständnis – wenn Demokratie nicht mehr als ausschließlich territorial fixiert gilt – mit transnationalen Staatsbürgerschaftskonzepten. In diesem Kontext empfehlen die AutorInnen: „The most important recommendation that follows from these considerations is that immigrant receiving states should generally accept dual nationality among first and second generation migrants who have genuine links to both countries concerned“ (Bauböck/Perchinig 2006, 436). Diese Liberalisierungsbzw. Transnationalisierungstendenzen verlaufen nicht

ohne Rückschläge. Dies machen die vorliegenden Ergebnisse auch deutlich, wenn etwa die drastische Kehrtwende auf diesem Gebiet in den Niederlanden in den Blick genommen wird.

Wie wird in einer Demokratie Legitimität hergestellt angesichts der Tatsache, dass eine große Anzahl von Staaten Auslandswahlrechte zulässt? Welche Rechte können AusländerInnen in ihr Zielland mitnehmen? Ist es zulässig, einen wachsenden Teil der Population vom repräsentativen System zu exkludieren, indem man ihm das Wahlrecht vorenthält? Es geht den ForscherInnen vor allem auch um Fragen der politischen Theorie über Migration und Minderheitenrechte. „Over how many generations shall emigrants be allowed to transfer their nationality of origin to their descendants, even if these do not have genuine ties with that country, and how does this privilege compare with the reluctance of many Member States to grant voting rights to third country nationals who have resided in their territory for many years?“ (Perchinig/Bauböck 2006, 14).

Was die supranationale EU-Ebene angeht, sehen die AutorInnen nur wenige Anzeichen dafür, dass die einzelnen EU-Staaten bereit wären, auf diesem Gebiet die eigene Oberhoheit aufzugeben. Hier geht es um das „Eingemachte“, nämlich das Recht, zu in-, vor allem aber auch, zu exkludieren. Gemeinsame europäische Standards zur Regelung von Staatsbürgerschaft zu schaffen, wäre nach Ansicht der ForscherInnengruppe ein wirksamer Weg. Nicht durch die Aufoktroierung eines gesamteuropäischen Staatsangehörigkeitsgesetzes. Begonnen werden sollte eher mit einer schrittweisen Koordinierung bis hin zur Einrichtung einer EU-Kompetenz zur Einforderung europäischer Solidaritätsprinzipien bzw. der Ausschaltung diskriminierender Einbürgerungshürden: „Democratic countries of immigration should not only grant immigrants the opportunity to acquire nationality, but they also have a vital interest in encouraging them to do so. Common citizenship provides a reference point for solidarity in societies made up of people of diverse origins“ (Bauböck/Groenendijk/Waldrauch 2006, 33).

Manfred Oberlechner (Straßburg)

E-Mail: m.oberlechner@vebbas.at

LITERATURANGABEN

- Bauböck, Rainer/Bernhard Perchinig (2006). Evaluation and Recommendations, in: Rainer Bauböck/Eva Ersbøll/Kees Groenendijk/Harald Waldrauch (Hg.): *Acquisition and Loss of Nationality: Policies and Trends in 15 European States*, Volume 1, Comparative Analyses, Amsterdam.
- Bauböck, Rainer/Eva Ersbøll/Kees Groenendijk/Harald Waldrauch (2006). Introduction, in: Rainer Bauböck/Eva Ersbøll/Kees Groenendijk/Harald Waldrauch. (Hg.): *Acquisition and Loss of Nationality: Policies and Trends in 15 European States*, Volume 1, Comparative Analyses, Amsterdam.
- Perchinig, Bernhard/Rainer Bauböck (2006a). Preface, in: Rainer Bauböck/Eva Ersbøll/Kees Groenendijk/Harald Waldrauch (Hg.): *Acquisition and Loss of Nationality, Policies and Trends in 15 European States*, Volume 2, Country Analyses, Amsterdam.
- Herbert Dachs/Peter Gerlich/Herbert Gottweis/Helmut Kramer/Volkmar Lauber/Wolfgang C. Müller/Emmerich Tálos (Hg.) *POLITIK IN ÖSTERREICH*. Das Handbuch. Wien 2006, Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, 1076 S., 86,00 EUR (64,00 EUR Paperback mit HörerInnenschein).
- Sammelbände wie dieses grundlegende Werk zur österreichischen Politik repräsentieren nicht nur nach außen den Forschungsstand, die Breite der Forschungsinteressen und die Erklärungskompetenz einer akademischen Disziplin, sondern positionieren diese auch innerhalb des wissenschaftlichen Feldes. Politikwissenschaft ist in Österreich ein vergleichsweise junges Fach, das erst 1971 zunächst in Wien und Salzburg als Universitätsdisziplin eingerichtet wurde. Fundierte Studien über das politische System der Zweiten Republik, die auch einen spezifisch politikwissenschaftlichen Ansatz verfolgten, erschienen folglich erst relativ spät. Das im Jahr 1974 vom derzeitigen Bundespräsidenten Heinz Fischer herausgegebene Werk „Das politische System Österreichs“ (es erschien im Europaverlag und erlebte insgesamt drei Auflagen) sollte für die ersten Generationen von Studierenden der Politikwissenschaft das entscheidende Nachschlage- und Orientierungswerk werden. Es bot auf rund 650 Seiten grundlegende Überblicksbeiträge zu verschiedenen Themenfeldern österreichischer Politik. Doch vieles, was heute längst selbstverständlicher Bestandteil politikwissenschaftlicher Forschung ist, fand darin noch keinen Niederschlag. Aufbau und Konzeption des Bandes, die auf das politische System der 1970er Jahre abgestimmt waren, wurden daher bald als veraltet und überholt erkannt. Zudem verbreiterte sich die im internationalen Vergleich zwar noch immer nicht sehr ausgeprägte, aber doch fortschreitende politikwissenschaftliche Forschung kontinuierlich. Dennoch dauerte es bis Anfang der 1990er Jahre bis acht österreichische Politikwissenschaftler das „Handbuch des politischen Systems Österreichs: Die Zweite Republik“ herausgaben. In seinem Umfang, seiner thematischen Breite und seiner wissenschaftlichen Qualität war es ohne Zweifel eine Neuheit auf diesem Gebiet. Seine letzte Neuauflage von 1997 erschien bereits in einer gründlich überarbeiteten und aktualisierten Fassung, doch besonders in den letzten Jahren war der Sammelband wegen der teils drastischen Veränderungen bei vielen der darin behandelten Themen nur mehr von eingeschränktem Nutzen.
- Im Jahr 2006 wurde nun unter dem Titel „Politik in Österreich. Das Handbuch“ eine neue Fassung dieses Werkes herausgegeben. Es weist gegenüber der Vorgängerpublikation eine teils modifizierte, vor allem aber erweiterte Struktur auf. Bis auf den mittlerweile verstorbenen Salzburger Ideengeschichtler Franz Horner zeichnen noch dieselben Herausgeber verantwortlich. Was dabei auffällt, ist zunächst zweierlei: Erstens sind von den drei